

I.) Einleitung

Das Prinzip unserer deutschen Demokratie beinhaltet die Möglichkeit, dass sich jeder neben der „passiven“ Stimmausübung theoretisch auch aktiv an ihr beteiligen kann. Diejenigen, die gewählt werden, sind größtenteils Laien, welchen wir gleichzeitig mit der Wahl die Erlaubnis zusprechen, für uns die Amtsgeschäfte zu übernehmen, klarer ausgedrückt, in unserem Interesse, aber unter Wahrung der Gewissenfreiheit zu handeln. Diese Laien sind Leute, die nicht in der Hochschule zum Regieren ausgebildet wurden.

Jetzt ist gefragt, ob sich eine Demokratie diesen Luxus überhaupt noch leisten kann. Eigentlich könnte die Antwort ganz klar sein. Egal, in welchem Lexikon man nachschaut, der Begriff Demokratie stammt aus dem griechischen und bedeutet wörtlich übersetzt „Volksherrschaft“, was bedeutet, dass das gesamte Volk, alle Laien, das letzte Wort haben. Man darf aber nicht von diesem einfachen Begriff der Demokratie ausgehen, denn

„wenige Begriffe werden in der politischen Diskussion so häufig und so unterschiedlich verwendet wie der Begriff der Demokratie.“¹.

Dieser Begriff hat sich im Laufe der Zeit stark gewandelt, und die verschiedensten politischen Strömungen benutzen ihn schon in der Vergangenheit, da sie der Auffassung sind, ihr Verständnis von einer Demokratie sei das einzig richtige. Vom ursprünglichen Verständnis sind nur einige Kerngedanken übriggeblieben. Der Hauptgedanke unserer Demokratie wurde am Anfang bereits erwähnt. Unsere gewählten Vertreter sind also zumeist Laien, die zum Berufspolitiker befördert werden und versuchen sollen, die Probleme der Gesellschaft bestmöglichst zu lösen, nachdem sie sich in die Thematik eingearbeitet haben². Ist dieses System nicht gefährlich? Hat der Laie überhaupt genug Bildung und Fachkompetenz, um „über uns zu bestimmen“? Sollte man nicht lieber ausgebildeten Wissenschaftlern das Zepter in die Hand geben? Das sind einige wenige Fragen, die einem spontan ins Gedächtnis kommen, wenn man über dieses Thema nachdenkt.

Diese Arbeit soll versuchen, diese komplexe Thematik zu diskutieren. Es wird erst die Trennung von Wissenschaft und Politik bei Max Weber erläutert und erklärt, was helfen soll, die Rolle der Wissenschaften innerhalb der Demokratie zu verstehen³. Anschließend wird versucht zu klären, was eine demokratische Elitenherrschaft sein kann und ob sie als sinnvoll anzusehen ist. Das geschieht unter näherer Betrachtung des Begriffs Elite, welcher schon bei Platons „Der Staat“ verdeckt zu finden ist. Als Elite sehe ich hier eine ausgewählte Gruppe an, welche sowohl aus Laien als auch aus Experten bestehen kann. Dann wird auf Paul Feyerabend eingegangen, der sehr konkret zu diesem Thema Stellung genommen hat. Am Schluss wird noch versucht, die Positionen abzuwägen und auf aktuelle Beispiele einzugehen.

Mein Ziel dieser Arbeit ist es, auf die Vor- und Nachteile einer „Laienherrschaft“ hinzuweisen, unter ständiger Beachtung des nach unserem Verständnis richtigen Demokratiebegriffes.

II.) Wissenschaft und Politik als zwei getrennte Systeme bei Max Weber

„Politik gehört nicht in den Hörsaal.“⁴ Anhand dieses Zitates erkennt man Max Webers Abneigung, Studenten zu Politikern „auszubilden“. In Hörsaal solle lediglich „schlichte, intellektuelle Rechenschaft“⁵ herrschen, welche die Studenten „zum selbständigen Denken“⁶ bewegen solle.

Die 1917 von Max Weber verfasste Rede bedingte eine breite Diskussion über den Stellenwert und die Bedeutung der Wissenschaft⁷ innerhalb unserer Gesellschaft, die nicht an Aktualität verloren hat. Er selbst setzt sich für eine klare Trennung der Bereiche Politik und Wissenschaft ein. Die Wissenschaft sei „ein innerer Beruf“⁸ und diene rein der Sache⁹, was bedeuten soll, dass wissenschaftlicher Fortschritt höher zu bewerten ist als Anwendung des Wissens auf die Gesellschaft. Interessant ist hier die moralische Dimension, welche mit dieser Feststellung anfangs ausgeklammert wird. Schließlich fragt er doch: „Welches ist der Beruf der Wissenschaft innerhalb des Gesamtlebens der Menschheit? und welches ihr Wert?“¹⁰.

Diese Meinung Max Webers zu Politik und Wissenschaft ist sehr hilfreich, um das Thema dieser Hausarbeit zu diskutieren. Laut ihm solle die Wissenschaft vom demokratischen Entscheidungsprozeß entbunden sein und rein ihrem Zwecke dienen. Er baut seine Meinung aus und behauptet weiter, dass Wissenschaft, welche er als „geistesaristokratische Angelegenheit“¹¹ bezeichnet, was heißen soll, dass sie von der Umwelt abgeschirmten Eliten betrieben wird, auch ohne praktische Stellungnahme sinnvoll sei.¹² Er nennt sie sogar „hinterweltlich“¹³, da sie die praktischen Fragen des Lebens nicht beantwortet und trennt sie folglich vom wirklichen Leben ab. Damit wäre dem Laien, der nicht wissenschaftlich zum politischen Entscheidungsträger ausgebildet wird, eine hohe Kompetenz in der Demokratie zugesprochen. Er sagt dazu:

„Der Einfall des Dilettanten kann wissenschaftlich genau die gleiche oder größere Tragweite haben wie der des Fachmanns. Viele unsere allerbesten Problemstellungen und Erkenntnisse verdanken wir gerade Dilettanten. Der Dilettant unterscheidet sich vom Fachmann [...] nur dadurch, dass ihm die feste Sicherheit der Arbeitsmethode fehlt, und dass er daher den Einfall meist nicht in seiner Tragweite nachzukontrollieren und abschätzen oder durchzuführen in der Lage ist.“¹⁴.

Der Laie besitzt laut Max Weber also durchaus „wissenschaftliche“ Fähigkeiten, welche einer Demokratie sehr hilfreich sein können. Dieser hat im Gegensatz zum „hinterweltlichen“ Wissenschaftler noch Bezug zur Gesellschaft und kann so für ihr Wohl handeln. Wenn nur Ergebnisse und Entscheidungen der Wissenschaft maßgebend wären für die Entwicklung der Gesellschaft, kann man nicht mehr von Demokratie sprechen, und wir hätten eine Herrschaft der wenigen, eine Oligarchie. Der Begriff der Demokratie ist, wie ja bereits in der Einleitung erwähnt, grob gesehen mit „Volksherrschaft“ gleichzusetzen. Ich wage zu behaupten, dass sich „mündige“ Bürger mit einer „Oligarchie der Wissenschaftler“ nicht abfinden mögen¹⁵. Das sieht auch Jan Philipp Reemtsma so:

„Das Vorurteil des ‚Mannes auf der Straße‘ gegenüber dem Wissenschaftsbetrieb als einer Veranstaltung, in der massenweise Geld für Zeug ausgegeben wird, mit dem niemand etwas anfangen kann, ist selbstverständlich alles andere als ein Vorurteil, nämlich eine ziemlich zutreffende Beobachtung.“¹⁶.

Und wenn sich der mündige Bürger, der am Ende entscheidet, ob die Gesellschaft noch von Laien regiert werden soll, nicht einverstanden ist, alle Kompetenzen der Gesellschaft an die Wissenschaft abzutreten, darf man „von oben herab“ nicht einfach dem Laien alle Entscheidungsgewalt wegnehmen. Darum muss in einer Gesellschaft wie der unseren, in der man das Urteil der Bürger als tragbar und entscheidend ansieht, gelten: „Die Demokratie dahin, wo sie hingehört“¹⁷, also in die Gesellschaft, vom Volke ausgehend, vom Laien exekutiert.

III.) Brauchen wir trotzdem eine „demokratische Elitenherrschaft“ im Interesse der Demokratie?

Allein der Begriff „demokratische Elitenherrschaft“ scheint widersprüchlich. Geht eine Demokratie nicht von der „Gesamtheit des Volkes“ aus und klammert den Begriff „Herrschaft“ automatisch aus? Nicht in unserer angewandten Demokratie, die ich als eine repräsentative, wehrhafte Demokratie bezeichnen würde. Repräsentativ deswegen, weil Volkes Stimme die Repräsentanten wählt, welche die Aufgabe des Regierens für uns ihrem Gewissen nach übernehmen. Wehrhaft ist sie, da sie in der Lage ist, antidemokratische Strömungen zu bekämpfen¹⁸. Als Beispiel kann man z.B. den erst kürzlich fertiggestellten Verbotsantrag der Bundesregierung gegen die NPD vor dem BVerfG nehmen¹⁹. Dadurch, dass der Begriff der Demokratie in so einer riesigen Bandbreite existiert, der so weit geht, dass sich Ostdeutschland die DDR – Deutsche Demokratische Republik – nannte, was mit unserem Begriff der Demokratie nichts zu tun hat, ist der Begriff der Demokratischen Elitenherrschaft ebenfalls ambivalent. Die Eliten können sowohl wenige Laien als auch andere „Gruppen“ wie Wissenschaftler sein.

Vom Volk gewählte Eliten, aber trotzdem noch Laien, regieren in unserer heutigen Demokratie. Wir sprechen ihnen mit der Wahl in den Bundestag hohe Kompetenzen aus, verlieren gleichzeitig aber unsere direkte Kontrolle über sie. Dieses Prinzip wird auch „auftragsfreie Repräsentation“²⁰ genannt, wenngleich das Volk natürlich die Partei wählt, welche am ehesten das Interesse der Mehrheit vertreten zu versucht. Hier von einer Herrschaft zu sprechen, ist nicht durchdacht, denn ein Staatsbürger kann sich, soweit er überzeugend wirkt, in Ämter wählen lassen und auch aktiv partizipieren. Eine Herrschaft ist meiner Meinung nach eine Machtausübung, welche nicht auf das Einverständnis der breiten Masse stößt, wie es z.B. in Diktaturen der Fall ist.

Jetzt stellt sich die Frage, ob eine Elitenherrschaft, in der die Eliten im Gegensatz zu unserer Regierungsform nicht durch die Laien repräsentiert werden, nicht trotzdem im Interesse aller sein sollte. Schon Platon äußerte seine Bedenken gegen eine Regierungsform, in der die Masse zuviel Entscheidungskompetenz hat, in seinem „Seefahrergleichnis“ und stellte die großen Nachteile heraus²¹. Denn zwangsläufig passiert es, dass „die Philosophen in den Staaten nicht geachtet werden“²² und „die Trefflichsten in der Philosophie [...] in den Augen der großen Menge unbrauchbare Leute“²³ seien. Seiner Meinung nach würden diejenigen, nämlich die Philosophen, die in der Lage sind, im Interesse aller vernünftig zu denken und zu handeln, nicht gehört und nie an die Macht kommen, da das Volk nicht in der Lage ist, diese Leute zu bestimmen. Die wahren Philosophen würden nie gehört und somit untergehen, woraus zu schließen sei, dass die Demokratie in der Tyrannei ausartet, der schlimmsten möglichen Staatsform, da sie „der Freiheit keine Grenzen setzt und eben deshalb Unfreiheit hervorbringt.“²⁴. Da Platon der Philosophie innerhalb der Politik das größte Vertrauen, was vernünftige Politik angeht, zuspricht, kann man bei seiner Frage nach dem bestmöglichen Staat von einer „Elitenherrschaft“ sprechen, aber nicht von einer, die demokratisch ist. Denn der „erste Grundsatz der klassischen demokratischen Theorie“ ist „der Glaube und das Vertrauen in das Volk“²⁵. Aber dieses Beispiel zeigt uns, dass es vorteilhafter sein könnte, wenn nicht die Laien das letzte Wort haben. Zu untersuchen ist nun, ob es mit demokratischer Legitimation eine Elitenherrschaft geben könnte, was die Synthese des nach Platon idealen Staates und der Demokratie bezeichnet werden könnte, denn, wenn überhaupt, wäre es nur so möglich, dass die besten im Staate in die höchsten Ämter gelangen.

Um eine Parallele zu heute zu ziehen, ist es sinnvoll zu fragen, ob der Laie mit dem Philosoph in Platons „Der Staat“ gleichzusetzen ist, dann hätten wir die „demokratische Elite“. Beide haben im Gegensatz zu den Wissenschaftlern bei Max Weber den Bezug zur Gesellschaft nicht verloren, mit dem Unterschied zu Platon, dass der Philosoph nicht vom Volk bestimmt werden kann, da es ihn nicht erkennt, und der Laie nicht in der Lage ist, rational vernünftig zu entscheiden. Platon selbst ist ein Verfechter einer „Elitenherrschaft der Philosophen“, da sie dem Interesse des Volkes am ehesten noch dienen können, auch wenn er nicht durch das Volk dazu legitimiert wurde. Das bedeutet zwar einen Verlust der Demokratie, aber das macht ihm nichts aus, denn er sieht die Demokratie ja eh als „unvollkommen, fehlerhaft und verderbt“²⁶ an. Aber er hat uns geholfen, die Vorzüge einer Elitenherrschaft zu sehen. Um es kurz zu machen: es ist äußerst unwahrscheinlich, dass das Volk die wahren Philosophen wählt, da muss ich Platon ganz klar unterstützen. Deshalb ist der Laie bei uns nicht mit dem Platonischen Philosophen gleichzusetzen.

Um den Bezug zum Anfang des Kapitels nicht zu verlieren, soll nun untersucht werden, in wieweit eine „demokratische Elitenherrschaft“ möglich ist. Denn nur diese könnte die Voraussetzung schaffen, dass vernünftige Eliten im Interesse des Volkes deren Geschicke leiten, natürlich nur, wenn die „Machthaber“ altruistisch handeln. Peter Bachrach, der eine solche Theorie formuliert hat, setzt sie gleich mit

„einer Ideologie, die im tiefen Misstrauen gegenüber der Mehrheit gemeiner Männer und Frauen und im Vertrauen in den etablierten Eliten, dass diese die zivilen Werte und ‚Spielregeln‘ der Demokratie bewahren, begründet ist.“²⁷.

Hier ist die Parallele zu Platon zu erkennen, nur dass das Platonische Modell nach unserem heutigen Verständnis keine demokratischen Elemente besitzt. Besitzt dieses aktuelle Modell von Bachrach denn demokratische Elemente? Daran ist zu zweifeln, weil er im Anschluss selbst den ersten Grundsatz der klassischen demokratischen Theorie mit dem Glauben und dem Vertrauen dem Volk gegenüber gleichsetzt²⁸. Um zu zeigen, dass es trotzdem eine demokratische Elitenherrschaft geben kann, weitet er den Begriff der Demokratie aus und stellt fest, dass alles in Ordnung sei, solange die Nicht-Eliten Einfluss auf die herrschen Eliten haben, zumal so sichergestellt wäre, dass letztere im Interesse ersterer handeln²⁹. Bachrach selbst ist wie Platon der Auffassung, dass die Demokratie ohne diese Eliten nicht überleben könne³⁰. Der gravierendste Unterschied ist jedoch seine Annahme, dass dieses System „die Erfordernisse demokratischer Theorie [erfüllt]“³¹, woraus folgt, dass er sich die Eliten im Gegensatz zu Platon durchaus auch als Laien vorstellen kann.

Eine Elitenherrschaft bedeutet also nicht automatisch, dass Wissenschaftler, Spezialisten, Sachverständige über das Volk dirigieren, sondern kann durchaus vereinbar sein mit dem Begriff der Demokratie und so auch Laien mit einbeziehen. Man kann erkennen, dass es verschiedene Auffassungen gibt, wer die Macht haben soll. Das nächste Kapitel soll zeigen, wie wichtig es ist, dass die Laien in der Entscheidungsfindung beteiligt sind und somit die Position vom Max Weber unterstützen.

IV.) Eine Demokratie ohne Laien ist paradox

Auch wenn man berücksichtigt, dass der Begriff der Demokratie ein sehr weiter ist und die unterschiedlichsten Formen angenommen hat, soll jetzt versucht werden, den Stellenwert der Laien innerhalb einer Demokratie zu erläutern. Als Ausgangspunkt ist es angemessen, von der Demokratie auszugehen, in der wir leben.

Max Weber hat, wie bereits erwähnt, herausgestellt, dass der Wissenschaftler, auch wenn er „das Leben berechnen“³² kann, keinen ausreichenden Bezug dazu hat. Paul Feyerabend, zuletzt Professor der Philosophie an der Universität Berkeley / USA formuliert diesen Gedankengang noch schärfer und hebt die Spannung zwischen Wissenschaft und Politik in unserer heutigen Zeit heraus. Die Wissenschaft selbst sei undemokratisch, weil sie

„völlig vom demokratischen Prozeß der öffentlichen Informationsaufnahme, Diskussion und Abstimmung getrennt [ist]. Man akzeptiert Gesetze und Tatsachen, man lehrt sie in den Schulen, man gründet entscheidende politische Beschlüsse auf sie, aber ohne sie einem Votum unterworfen zu haben. [...] Die moderne Gesellschaft ist eine ‚kopernikanische‘ Gesellschaft nicht darum, weil der Kopernikanismus zur Abstimmung vorgelegt wird und mit Stimmenmehrheit akzeptiert wird, sondern weil die Wissenschaftler Kopernikaner sind, und weil man ihr Urteil in Fragen des Weltenbaus heute ebenso kritiklos annimmt wie früher das Urteil von Bischöfen und Kardinälen.“³³

Wäre es nicht gefährlich, wenn wir eine demokratische Elitenherrschaft hätten, in der die nach Feyerabend undemokratischen Wissenschaftler als Eliten den Weg angeben? Sie sind nicht die Platonischen Philosophen, da sie nicht selbstlos, sondern nur der Sache nach handeln. Allerdings muss beachtet werden, dass es nun eben mal die Wissenschaftler sind, die im „Stadium der Spezialisierung“³⁴ ihr Fachgebiet beherrschen. Feyerabend hat meiner Ansicht nach einen sehr großen Beitrag geleistet, da er dem Laien eine sehr hohe wissenschaftliche Kompetenz, wie Weber³⁵, zuspricht und auch herausstellt, dass Laien in einer Demokratie unverzichtbare ausführende Entscheidungsträger sind. Er setzt die Wissenschaft mit einer Ideologie gleich und fordert, dass der Staat von Ideologie getrennt sein müsse³⁶, woraus man seine Abneigung zu einer zu großen Einflussnahme der Wissenschaft folgern kann. Er geht sogar so weit zu behaupten, dass die „Verschmelzung von Staat und Wissenschaft [...] zu einer peinlichen Paradoxie für die Demokratie und das liberale Denken [führe].“³⁷ Die Bedenken, dass der Laie nicht kompetent genug zum Entscheiden sei, verwirft er, indem er ihm innerhalb der Demokratie die notwendige Reife des rationalen Denkens zuspricht, welche wichtiger als Spezialwissen sei, „denn sie entscheidet über die Anwendung und Tragweite solchen Wissens.“³⁸ Es findet also eine Transformation des Spezialwissens der Wissenschaftler auf den Alltag durch die Laien statt, womit der Bezug eines solchen Wissens zur Gesellschaft sichergestellt wäre. Man erkennt hier die von ihm vorgeschlagene Interaktion zwischen den Wissenschaftlern, welche durch ihre fundierte Fachkenntnis die Gesellschaft mit Wissen „anreichern“, und dem Laien, der es angemessen innerhalb der Gesellschaft zu benutzen weiß. Er stellt Laien mit „Fachleute[n] in einem nicht-wissenschaftlichen Fach“³⁹, der Gesellschaft gleich, was aber eine Kunst für sich bedeutet und sehr hoch anzusehen ist. Als Beispiel nimmt er den Dorfadvokaten, der es durch seine gründliche Untersuchung des Sachverhalts in kürzester Zeit schaffen kann, sich in komplexe wissenschaftliche Themen einzuarbeiten und durch geschickte Anwendung zu imponieren und damit die selbsternannten Fachleute überlisten. Experten können auch Fehler machen und sind zudem nicht immer einer Meinung. Bei ihrem Ergebnis hänge es auch davon ab, wer sie finanziert. Zusammenfassend kann man sagen, dass er der Auffassung vertritt, „die natürliche Schläue des Menschengeschlechts ist der Wissenschaft durchaus gewachsen.“⁴⁰, zumal die Wissenschaftler oft das eigentliche Problem gar nicht erkennen⁴¹.

Paul Feyerabend vertritt ebenfalls größtenteils die Meinung vom Max Weber, indem er „praktisch-politische

Stellungnahme⁴² von der Wissenschaft trennt. Ein Kernpunkt seiner Arbeit ist die Interaktion der Wissenschaft, welcher wir, auch wenn er ihre aktuelle Form kritisiert, letztlich viel zu verdanken haben⁴³, mit den Laien als letzte „Institution“ in der Demokratie und der Gewalt über erstere. Durch dieses Zusammenleben wird dem Laien eine herausragende Rolle und sehr viel Vertrauen zugeteilt, folglich wird er als unverzichtbare Basis der Demokratie angesehen. Schön, dass hier im Gegensatz zu Platon noch auf das positive im Menschen vertraut wird. Es gibt leider zu viele Beispiele, welche das Gegenteil beweisen und Platons Position, so hart und deutlich sie auch ist, glaubwürdig erscheinen lassen.⁴⁴

V.) **Schlussbemerkung**

Was hätten wir für eine Demokratie, wenn wir der Entscheidungsgewalt der Wissenschaft unterworfen wären und folglich die Laien von ihr ausschließen? Gar keine, meine ich. Nicht nur ich, wie man an den Beispielen von Weber und Feyerabend gesehen hat. So gesehen muss sich die Demokratie den Luxus erlauben, von Laien regiert zu werden, denn ohne Laien ist es keine Demokratie. Wird sie von Laien regiert? Ja, von einer kleinen elitären Minderheit von Laien! Ist das gut so? Es muss so in einer Demokratie sein, wenn wir denn eine solche wollen, und es ist die einzige überlebensfähige Form einer Demokratie, denn Angst vor der lauten Stimme des Volkes ist begründet, nicht nur Platon sieht das so. Zu viel Demokratie würde eben diese zum Untergang verdammen, weshalb man ja auch die repräsentative, wehrhafte Demokratie eingeführt hat. Als Beispiel wurde bereits das Ausarten der Weimarer Demokratie zum Dritten Reich genannt, und man findet auch heute, wenn auch nicht vergleichbar mit der Folge, welches das Dritte Reich bedingte, Beispiele, die einem beim Gedanken an Volkes Stimme zum Schaudern bringen. Nutzte die CDU bei Ihrer Unterschriftenaktion im Frühjahr 1999 nicht die Gelegenheit, mit billigsten populistischen Parolen an eine breite Masse zu appellieren, welche eben nicht die Tragweite und Folge ihrer Unterstützung abschätzen konnte, da das interdisziplinäre Denken fehlt? Sie hat die Dummheit des Volkes bemerkt und sie sich zunutzen gemacht. Das passiert in Zeiten, in denen es uns vergleichsweise gut geht. Was passiert aber, wenn es wirtschaftlich, wie 25.10.1929 nach dem „Black Friday an der New Yorker Börse“ wieder „den Bach runter geht“ und sich so nur noch ein Demagoge an das Katheder stellen muss, der in der Lage ist, die Gunst der Stunde zu nutzen, mit Unterstützung von Volkes Stimme? Die Folgen wären nicht abzusehen! Volkes Stimme mit zu starker Entscheidungskompetenz ist gefährlich, denn wenn gewisse antidemokratische Gedanken auch noch die Mehrheit besitzen, dann müssten sie theoretisch um jeden Preis umgesetzt werden! So wäre das nun mal in einer Demokratie im wort-wörtlichen Sinne.

Jetzt ist aber die zentrale Frage, ob sich eine Demokratie noch den Luxus erlauben kann, von Laien regiert zu werden. Gesagt wurde ja bereits, am Anfang des Kapitels, dass es anscheidend so sein muss. Und Max Weber und Paul Feyerabend sprechen den Laien auch eine sehr hohe Kompetenz zu. Ich meine auch, dass eine Demokratie nur so funktionieren kann, zumal die regierenden Laien den Bezug zur Gesellschaft noch haben, und mindestens versuchen, in ihrem, und eben nicht im Interesse der Wissenschaft alleine, zu regieren. Wenn man den Laien definiert als einen solchen, der Angehöriger einer Elite ist, welcher aus dem Volk stammt und in der Lage ist, rational vernünftig zu entscheiden, stellt man fest, dass es nur wenige „Laien“ in diesem Sinne gibt. Sie sichern, dass „die Demokratie“ anscheinend im Interesse aller erhalten wird. Aber es ist nicht mit völliger Klarheit festzustellen, ob die Mehrheit dies überhaupt will⁴⁵. Peter

Bachrach formuliert den Verdienst dieser Eliten folgendermaßen:

„[...] dass die illiberalen Neigungen der Massen die überwältigende Gefahr für die freie Gesellschaft sind, die, sofern sie überhaupt überlebt, dies der Weisheit und dem Mut ihrer etablierten Eliten zu verdanken hat.“⁴⁶.

Eine Demokratie bedeutet nicht automatisch eine „Selbstentfaltung der Individuen“⁴⁷, sondern enthält auch Strukturen, welche ihre Existenz sichern. Deshalb haben wir ja unser Verständnis von der Demokratie vom Begriff der „Volksherrschaft“ bis zu unserer heutigen repräsentativen Demokratie erweitert. In Interesse der Demokratie würde ich ganz klar sagen: Wenn die Demokratie überleben will, muss sie den Status quo erhalten. Zuviel Macht für die Wissenschaft ist ebenso gefährlich wie zuviel Macht für das Volk. Das Wechselspiel weniger Laien mit kompetenten Wissenschaftlern ist sinnvoller als jede andere Form. Jetzt kann man nur noch hoffen, dass sich vernünftige Laien zur Wahl stellen, welche in der Lage sind, gewissenhaft und immer im Blick auf gewisse weltliche Grundwerte⁴⁸ zu regieren. Denn schon Platon sagte ja, dass die wahren Philosophen nie gehört werden. Dieser Meinung bin ich leider auch, zu oft vertreten die Eliten eigene, teilweise sogar gefährliche Interessen und können nicht als Philosophen angesehen werden. Auch Bachrach sagt am Ende seiner Theorie der demokratischen Elitenherrschaft noch, dass man den Eliten nicht endlos vertrauen darf⁴⁹. Aber diese Form der Demokratie ist anscheinend das geringste Übel. Wer soll die wahren Philosophen der rationalen Vernunft finden? Die Frage, wer ein wahrer Philosoph ist, ist ähnlich subjektiv wie der Begriff der Demokratie, man kann also nicht darüber abstimmen. Deshalb sind sie nicht zu finden, es gibt sie gar nicht.

Es ist in der Gesellschaft durchaus anerkannt, dass Laien kompetente Entscheidungsträger sein können. Warum sonst hätte Bundeskanzler Gerhard Schröder gerade letztlich eine Laiin, Renate Künast, zur Verbraucherschutz- und Landwirtschaftsministerin ernannt, einem Gebiet, das nicht ihrer Fachrichtung entspricht? Dieser Mann ist nicht dumm, sonst wäre er nicht Bundeskanzler geworden, oder hat das Volk mit ihm einen falschen Philosophen gewählt?

Man sieht hier, wie schwer es ist, diese Thematik zu diskutieren. Ich möchte diese Arbeit mit folgender Stellungnahme beenden: Das System mit elitären Laien an der Macht ist zwar nicht ideal, weil deren Kompetenz nicht eindeutig ist, aber es ist ein deutlicher Vorteil zu einer Wissenschafts-oligarchie, dennoch ist es aufgrund zu vieler gezeigter Nachteile der Demokratie wegen der letzte Kompromiss.

¹ Hesselberger (1999), Das Grundgesetz (Kommentar für die politische Bildung), S. 174.

² Natürlich ist es auch möglich, Spezialisten der verschiedensten Wissenschaften und Politikwissenschaftler zu wählen, sofern sie kandidieren. Nicht selten werden die verschiedenen Ressorts mit Fachleuten versehen, aber in den Ausschüssen sitzen größtenteils Laien. Wichtig ist der Fakt, dass bei den Wahlen nicht zwischen einzelnen Spezialisten abgestimmt wird, sondern sich eigentlich jeder aufstellen kann, wenn denn die Partei, für die er kandidiert, einverstanden ist.

³ Max Weber wurde in dem Aufsatz auffällig oft wörtlich übernommen. Das geschah aus dem Grund, dass dieses Werk ein absoluter Klassiker ist, und mir es auf bei langem, intensivem Nachdenken nicht gelang, seine Gedankengänge besser zu formulieren als er es getan hat.

⁴ Weber (1917), Wissenschaft als Beruf, S. 28.

⁵ Weber (1917), S. 45.

⁶ Weber (1917), S. 10.

⁷ Wenn ich von Wissenschaft spreche, meine ich sowohl die Natur- als auch die Geisteswissenschaften. Man könnte zurecht argumentieren, Dipl. Politologen wären die idealen Entscheidungsträger in einer Demokratie, zumal sie ihr Fach, die Politik, studiert haben. Aber auch hierfür findet man bei Max Weber eine Antwort, der „praktisch-politische Stellungnahme“ von „wissenschaftlicher Analyse politischer Gebilde“ unterscheidet (S. 28f). Folglich ist der ausgebildete Politikwissenschaftler nicht automatisch dazu begabt, vernünftig zu regieren, sondern dazu bestimmt, gesellschaftliche Strukturen, Phänomene usw. wissenschaftlich zu analysieren.

⁸ Weber (1917), S. 11.

⁹ Vgl. Weber (1917), S. 15.

¹⁰ Weber (1917), S. 20.

¹¹ Weber (1917), S. 10.

¹² Vgl. Weber (1917), S. 32.

¹³ Weber (1917), S. 21.

¹⁴ Weber (1917), S. 13.

¹⁵ Auch wenn es eine schlechtere Politik zur Folge haben könnte, müssen wir diese Gegebenheit in Kauf nehmen. Paul Feyerabend sieht diesen Punkt genauso: „Teilnahme von Laien an grundlegenden Entscheidungen ist [...] selbst dann gefordert, wenn sie die Erfolgsrate der Entscheidungen vermindert.“, Feyerabend (1978), Der wissenschaftstheoretische Realismus und die Autorität der Wissenschaften, S. 366. Ob es eine schlechtere Politik zur Folge hat, darauf wird später versucht, einzugehen.

¹⁶ Reemtsma (1996), Gibt es eine besondere Verantwortung der Wissenschaften?, S. 13.

¹⁷ Weber (1917), S. 10.

¹⁸ GG Art. 20 Abs. 4, in: Hesselberger (1999), S. 171.

Man hat aus den Erfahrungen der Weimarer Republik gelernt und einige plebiszitäre Elemente aus dem Grundgesetz entfernt. 1930 nutzten antirepublikanische Kräfte ein Volksbegehren, um den Young-Plan, welcher die Reparationszahlung Deutschlands aufgrund des 1. Weltkrieges neu regelte, abzulehnen und heizten so eine antidemokratische Stimmung an. Das Grundgesetz bedeutete im Gegensatz zur Weimarer Verfassung auch einen stärkeren Übergang zur repräsentativen und somit zur wehrhaften Demokratie, gerade aus dem Grund, dass Volkes Stimme anscheinend nicht immer dem Wohl der Demokratie beisteuert. Um diesen Punkt zu diskutieren, wird anschließend auf einen sehr alten, nämlich den Platonischen Demokratiebegriff, eingegangen, welcher sich hervorragend eignet, den Nachteil der Stimme des Volkes in Betracht zu ziehen und damit eher eine Elitenherrschaft favorisiert.

¹⁹ Die Bundesregierung beruft sich auf GG Art. 21 Abs. 2, indem es heißt: „Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. [...]“

²⁰ Hesselberger (1999), S. 234.

²¹ Dieses Gleichnis von Platon eignet sich deshalb so hervorragend, weil bei den Griechen die Idee der Bürgerfreiheit und Demokratie als erstes aufkam. Gleichzeitig wurde bei ihm auch die Frage nach dem besten Staat aufgeworfen. Vgl. hierzu Kielmansegg (1987), Der wissenschaftliche und der philosophische Umgang mit Politik (1), S. 57-62.

²² Platon (ca. 387 v. Chr.), Der Staat, S. 232.

²³ Platon (ca. 387 v. Chr.), Der Staat, S. 233.

²⁴ Kielmansegg (1987), S. 60.

²⁵ Bachrach (1970), Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft, S. 111.

²⁶ Vgl. Kielmansegg (1987), S. 60.

²⁷ Bachrach (1970), S. 111.

²⁸ Vgl. Anm. ²⁵.

²⁹ Vgl. Bachrach (1970), S. 112.

³⁰ Vgl. Bachrach (1970), S. 116.

³¹ Bachrach (1970), S. 116.

³² Weber (1917), S. 37.

³³ Feyerabend (1975), Wider dem Methodenzwang, S. 13.

Verwendete und weiterführende Literatur:

- Bachrach, Peter (1970): „Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft“. Frankfurt/M. 1970, S. 111-124.
- Feyerabend, Paul (1978): „Der wissenschaftliche Realismus und die Autorität der Wissenschaften“. Braunschweig 1978, S. 351-359, 364-367.
- Feyerabend, Paul (1975): „Wider dem Methodenzwang“. Frankfurt/M. 1976, S. 11-27.
- Hesselberger, Dieter (1999): „Das Grundgesetz (Kommentar für die politische Bildung), II. Auflage“. Neuwied 1999, S. 171, 174, 234.
- Kielmansegg, Peter Graf (1987): „Der wissenschaftliche und der philosophische Umgang mit Politik (I)“. in: Klaus v. Beyme, Ernst-Otto Grempl und Peter Graf von Kielmansegg (Hrsg.), Funk-Kolleg Politik, Band 1, Frankfurt/M. 1987, S. 57-62.
- Platon (ca. 387 v. Chr.): „Der Staat“. Hamburg 1989, S. 231-233.
- Reemtsma, Jan Philipp (1996): „Gibt es eine besondere Verantwortung der Wissenschaften?“ in: Mittelweg 36, Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Nr. 4/1996, S. 5-17.
- Weber, Max (1917): „Wissenschaft als Beruf“. Stuttgart 1995.